

# **Breitband-Infrastruktur als Standortfaktor für Gemeinden**

**Dietmar Ruf**

## Breitband als Standortfaktor - nicht nur aber gerade im ländlichen Raum - Erwartungshaltung der Gemeinden

Breitband-Infrastruktur ist für die Gemeinden - wie die Verkehrsinfrastruktur - ein wichtiger **Standortfaktor**

**Wachstum und Arbeitsplätze** entstehen gerade dort wo moderne Infrastrukturen zur Verfügung stehen.

**Gewerbeansiedlungen** sind auf Breitband-Infrastrukturen angewiesen

Ohne die Datenautobahn auf dem Land haben **Gewerbeansiedlungen keine Zukunft**

## **"Denkwerkstatt Kommunale Zukunft" des Gemeindetags (2001)**

Neue Medien gehören zu den Zukunftsaufgaben der Städte und Gemeinden

### **Deutscher Städte- und Gemeindebund:**

Gemeinden und Mittelstand stärken - Infrastruktur in der Fläche verbessern - Moderne Kommunikationsinfrastrukturen wie Breitband (Juli 2005)

## **Forderungen von Netzbetreibern am Beispiel T-Com**

Muster der T-Com für einen **Kooperationsvertrag**  
T-Com/Gemeinden (Anfang 2005)

T-Com: Gemeinden sollen sich am Ausbau des DSL-Netzes für den schnellen Internetzugang beteiligen (Mitfinanzierung)

Gemeinden verpflichten sich im Vertrag

T-Com macht keine konkreten Zusagen - Leistungen werden nur unter mehrfachen Vorbehalten angekündigt - keine gesicherte Rechtsposition der Gemeinde - zeitnahe Einrichtung nicht gesichert

## Inhalt der Forderungen (T-Com)

- Finanzielle Förderung des DSL-Ausbaus durch Übernahme der Zusatzkosten für die Bereitstellung von DSL
- Finanzbetrag in Abhängigkeit von der Zahl der tatsächlich gewonnenen DSL-Kunden bzw. Garantie einer ausreichenden Kundenzahlen mit Ausgleich des Gebührenauffalls bis zur Erreichung dieser Zahl

(Garantie als genehmigungspflichtiger **Gewährvertrag** im Sinne der **Gemeindeordnung**)

- Alternativ zum Finanzbetrag: Sachleistungen wie die Übernahme des Erdaushubs bzw. Beistellung eines Kabelgrabens für die Verlegung von Leitungen bzw. Unterstützung bei Erschließungsmaßnahmen
- ggf. Bereitstellung eines Grundstücks für technische Einrichtungen

- Einräumung von Wegerechten auf günstigeren Trassen
- **Vermarktungshilfen** wie Akquisition von Geschäftskunden
- die Gewährung eines **kommunalen Darlehens** bei der Erschließung eines neuen Gewerbegebietes für den Zeitraum bis zur Ansiedlung einer tragfähigen Anzahl von Betrieben mit T-DSL-Nutzung
- die Kapitalisierung des Darlehns auf der Grundlage eines prognostizierten Ansiedlungszeitraumes

T-Com: "Die Gemeinden betrachten unser Angebot als fairen Deal."

**Sicht der Gemeinden ist anders.**

ähnliche Forderungen von **Kabel BW**

## **Einzelfälle**

- T-Com reagiert auf Anfragen von Gemeinden nicht oder nur nach längerer Zeit
- Forderung nach einer Garantie für über 300 T-DSL-Kunden mit Garantiebtrag von je 350 € - Garantiesumme von über 100.000 €)
- Investitionsaufwand durch T-Com mit 100.000 € beziffert - kommunaler Garantiebtrag (noch) nicht berechnet bzw. für Gespräch vorbehalten
- T-Com beziffert einen gemeindlichen Investitionszuschuss von 108.000 € für ein Kundenpotenzial von etwas über 400 Kunden

## Vorbehalte der Gemeinden

Warnung vor einer vorschnellen **Subventionierung** von Wirtschaftsunternehmen

Sorgfältige Abwägung, ob die Unterstützung wirtschaftlich vertretbar und gerechtfertigt

Gemeinden ohne (ausreichende) Breitband-Infrastruktur **unter Druck gesetzt**

Finanzbeträge führen zur **Belastung der Gemeindehaushalte**  
- Bürger tragen als Steuerzahler diese finanziellen Lasten

**Investitionsrisiken** werden auf die Gemeinden abgewälzt

Gemeinden unterstützen **gewinnorientierte Unternehmen**



## **Gemeindetag:**

grundsätzlich sehr zurückhaltende Bewertung

## **Deshalb**

Alternativen suchen und eingehend prüfen:

Kabelnetz, Funkanbieter, Stromnetz

Gemeinden müssen über die vorhandenen Möglichkeiten **informiert** werden = Informationsveranstaltungen.

## **Praktische Erfahrungen der Gemeinden**

Gemeinden verhandeln lange nahezu ergebnislos.

Wirtschaftliche Lösungen werden nicht angeboten - bis ein anderer Anbieter ein konkretes Angebot unterbreitet.

Konkurrenz belebt das Geschäft

Alternative Angebote führen zu Bewegung in den Verhandlungen mit der T-Com

## **Was können die Gemeinden tun? - I**

Aktivierung und Bündelung der Nachfrage in der Gemeinde

Information der Bürger über örtliche mögliche breitbandige Internetzugänge

Information im Amtsblatt

Informationsveranstaltungen zusammen mit den Anbietern

Aufruf an die Bürger zur Bedarfsermittlung

## Was können die Gemeinden tun? - II

Logistische Unterstützung

Frühzeitige Einbeziehung in die Planungsprozesse

Letztes Mittel und sehr zurückhaltend zu bewerten:  
**Investitionszuschüsse**

Abwälzung des Investitionszuschusses

- Aufkauf von Grundstücken - Bestandteil des Verkaufspreises -  
Investor und Erschließungsvertrag

## Verlegung von Leerrohren durch die Gemeinden bei der Erschließung von Neubaugebieten

- **öffentliche Einrichtung** im Sinne der Gemeindeordnung
- technische Gestaltung soll die **Nutzung durch mehrere Anbieter** zulassen
- Nutzungsüberlassung als **Benutzung einer öffentlichen Einrichtung** gegen **Entgelt oder Gebühr**
- Leerrohre als öffentliche - **beitragsrechtlich** bedeutsame - Einrichtung im Sinne des KAG (bisher kein Fall bekannt)

(**TKG**: Einlegung von TK-Linien in öffentliche Straßen -  
Zustimmungsverfahren nach § 68 Abs. 3 TKG)

aber: Gemeinden ist der Betrieb von  
Telekommunikationsunternehmen nach Art. 87 f GG verwehrt)

### zu klärende Rechtsfragen:

- EU-Beihilferecht
- Gemeindewirtschaftsrecht

Unterstützung eines Unternehmens als Wirtschaftsförderung

**Gemeindewirtschaftsrecht:** Wirtschaftsförderung (Zuschuss oder Übernahme von Sachleistungen zugunsten eines Wirtschaftsunternehmens)

Öffentliche Aufgabe - Grundsatz des sparsamen und wirtschaftlichen Handelns

- muss der Aufgabenerfüllung dienen (Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen)
- Grenzen und zulässiger Umfang werden kontrovers diskutiert

**EU-Beihilferecht:** Unter bestimmten Voraussetzungen  
notifizierungspflichtig (Beteiligung der Mitbewerber am Verfahren?)

EU-Beihilferecht: grundsätzliches Beihilfeverbot - mit gemeinsamem  
Markt unvereinbar

- Vorbehalt bestimmter Freistellungsregelungen und  
Genehmigungstatbestände (de minimis)

Ungeklärte Rechtsfragen

- Unsicherheit bei den Gemeinden

- Wunsch der Gemeinden nach Unterstützung der  
Breitbandinfrastruktur

### Beirat der RegTP (jetzt Bundesnetzagentur):

Sorge über den Bericht der T-Com zu Breitband

T-Com: DSL-Verfügbarkeit bei den Festnetz-Kunden 93 Prozent

Für restlichen 7 Prozent sei gleicher Investitionsaufwand nötig wie für die bisher erschlossenen 93 Prozent.

- **gemeinsames Ziel von Bund und Ländern** muss es sein, Deutschland zu einem **führenden Standort für Breitband-Internetanschlüsse** zu machen.

- **Alternative** Breitband-Technologien neben DSL berücksichtigen.

- Kabelnetze stellen ein **ungenutztes Potenzial** dar.

- Alternative **Funktechnologien**



## Breitband-Atlas von Juli 2005

- Er **dokumentiert** die Versorgung mit **Breitband-Technologie** in den einzelnen **Regionen** in Deutschland.
- Untersucht wurden **acht Techniken** (DSL, Funk, Glasfaser, Kabel, PLC, Satellit, UMTS, WLAN-Hotspots)
- Über eine Web-Suche ([breitbandatlas.de](http://breitbandatlas.de)) kann die Anzahl und **Verfügbarkeit** von Breitband-Techniken auf **Gemeindeebene** und eine **Liste der zugehörigen Anbieter** abgefragt werden.